

2024/I/Innen/4 Jusos Hamburg
Den Verfassungsschutz in die Schranken weisen!

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag sowie den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion weiterleiten:

Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates, die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, dass die bereits vom Bundeskabinett beschlossene Fassung des Gesetzes zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts dahingehend geändert wird, dass jegliche Maßnahmen, die eine Denunzierung von Individuen durch staatliche Stellen ermöglichen, untersagt bleiben.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundesregierung